

Auf dem richtigen Wege weiter voran

Bestätigter Europa-Auftrag für Brandts Ostpolitik

"Wir kommen voran, wenn wir so weiter machen!". Dieses optimistisch-realistische Wort des französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou ist das wegweisende Fazit der zweitägigen Konsultationsgespräche, die Frankreichs und Westdeutschlands Spitzenpolitiker in Bonn geführt haben. Diese Vertiefung des Bonn-Pariser Miteinanders auf allen einwirkenden Gebieten einschließlich auch des militärischen Bereichs läßt erkennen, daß zwischen den beiden westlichen Nachbarstaaten ein Grad der vertrauensvollen Gemeinschaft erreicht worden ist, der beispielhaft sein kann und muß für die Bemühungen nicht nur der Bundesrepublik und Frankreichs, sondern aller Staaten dieses Kontinents, um in absehbarer, und damit jeden Europäer mit Hoffnung erfüllender Zeitspanne aus der latent gefährlichen Konfrontation zu einer den Frieden sichernden Kooperation zu kommen.

Dieser Kooperation sind, was das West-Ost-Problem betrifft, zweifellos natürliche Grenzen gesetzt, die sich aus den Verschiedenheiten der Systeme ergeben müssen. Diese Grenzen brauchen, sollen und dürfen aber kein Hindernis sein, um, gestützt auf vor allem wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch eine vorwärtsweisende Außenpolitik die übergeordnete Gesamtaufgabe der Zementierung des Friedens in einer Art und in einem Umfange zu lösen, die alle Beteiligten mit Genugtuung und Sicherheit erfüllen. Von dieser gemeinsamen Erkenntnis ausgehend konnte bei dem Bonner Konsultationsgespräch nach einer detaillierten deutschen Information über den letzten Stand vor allem des deutsch-sowjetischen Dialogs von beiden Seiten übereinstimmend festgestellt werden, daß die Bundesregierung mit ihrer initiativen Ost- und Deutschlandpolitik auf dem richtigen, dem europäischen Weg ist. Pompidous Anerkennung des Muts und des Sinns für Realität, mit denen Bundeskanzler Willy Brandt und seine Regierung das große Unternehmen einer deutsch-östlichen Befriedung und Annäherung begonnen und weitergeführt haben, konnte und mußte daher logischerweise in der Hervorhebung der großen Bedeutung dieser politischen Aktion für die Zukunft ganz Europas gipfeln.

Die Bundesregierung kann mit dieser politischen und moralischen Rückendeckung aus Paris ihre Ost- und Deutschlandpolitik, die das Kabinett auch am Dienstag in seiner Klausurtagung noch einmal in aller Ausführlichkeit erörtern, durchberaten und entscheidungsreif behandeln will, zügig fortsetzen. Das Nahziel bleibt dabei ein Gesamtpaket, das alle angestrebten Abkommen mit Moskau, mit Warschau, mit Ostberlin und anderen Oststaaten, vor allem auch mit Prag, systematisch zusammenfaßt und dabei das Vier-Mächte-Problem Berlin einbezieht. Sachlich und zeitlich koordiniert soll diese große und für das Schicksal Europas existenzielle Aufgabe bewältigt werden, um einen entscheidenden Beitrag für die Festigung und Sicherung des Friedens in unserem Teil der Welt zu leisten.

+ + +

Kampfansage ohne Alternative

Ein Nachwort zum Nürnberger CSU-Parteitag

Der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß hat während des Nürnberger Sonderparteitages seiner Partei der Bundesregierung den "unerbittlichen" Kampf gegen ihre Ost- und Deutschlandpolitik angesagt. Mit der CSU als Sammlungsbewegung zur "Rettung des Vaterlandes", deren Tore weit offen stünden, um alle "irre und unsicher gewordenen" Bürger aufzunehmen, will er die "nationalen" Ressentiments wachrütteln. Auf der politischen Bühne der Bundesrepublik zeigt sich gegenwärtig außer dieser CSU keine ernst zu nehmende politische Kraft, die in der Lage wäre, ihre Aktionen so auszurichten, daß sie glaubhaft die Wählerschichten mit reaktionär-konservativem Einschlag anzusprechen vermöchte.

Tatsächlich steht hinter dem unverhüllten und auch persönlichen Nachanspruch von Strauß mehr an Gefährlichkeit, als der Durchschnittswähler zu erkennen vermag. Das besondere daran bleibt dabei für die politisch mündigen Partei- und Fraktionskollegen des christlich-sozialen Bayernführers die Tatsache, daß ihnen die demonstrative Einigkeit zwischen Dr. Rainer Barzel und Franz-Josef Strauß triumphierend vorgebracht werden konnte, ohne daß der Unionsvorsitzende Kurt Georg Kiesinger auch nur den geringsten Versuch gemacht hätte, diese offensichtlich falsche Verallgemeinerung richtig zu stellen. So hat er mit dazu beigetragen, zumindest optisch eine Einigkeit zwischen CDU und CSU in der kompromisslosen Ablehnung der regierungsoffiziellen Ostpolitik herauszustellen. Eine Tatsache, die befürchten läßt, daß die Oppositions-Union im Deutschen Bundestag ihren eigentlichen Führer in Strauß gefunden haben könnte, dem selbst der sonst abgewogene Kiesinger nicht mehr zu widersprechen wagt.

Gegen diese, die deutsche Position angeblich so arg gefährdende Ostpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel wußte aber auch Franz-Josef Strauß keine Alternative anzubieten. Außer den sattsam bekannten Unterstellungen, die man sinnigerweise jetzt schon als Schallplatte "Der Abgeordnete zu Gutenberg hat das Wort" verteilt, weil die Opposition damit ganz offensichtlich ihr Pulver verschossen hatte und seit Wochen keine neuen Gesichtspunkte mehr in die Debatte werfen kann, bleibt dann nur noch die Legende von der Ära Adenauer. Das Erbe dieses großen Unionspolitikers, so meinte Strauß, werde durch die Bundesregierung leichtfertig verspielt. Aber auch innerhalb der Gesamtunion selbst ist man bereits über Adenauer hinaus. Hier gibt es genügend einsichtige Politiker, die ohne Schmälerung der Verdienste ihres Gründungsvorsitzenden erkannt haben, daß man im Interesse der Lage der Nation und Europas neue Wege einschlagen muß. Kann Franz-Josef Strauß wirklich auch ihr Sprachrohr sein? Wollen sie tatsächlich ihm die Verantwortung für Deutschlands und Europas Zukunft überlassen?

Im Interesse der so viel und berechtigterweise geforderten Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik ist zu hoffen, daß die Nürnberger Entgleisungen des Franz-Josef Strauß nur in die hemdsärmelige Wahlkampfstrategie für Bayern einzuordnen sind. Wer auf der Unionsseite weiterkommen will, wird mit der Bundesregierung und ihren Koalitionsparteien ohne bedingungslose Kapitulationsforderungen reden müssen. Auf der Ebene der Nürnberger Strauß-Rede allerdings dürfte das weder der Bundesregierung noch den Koalitionspartnern kaum zuzumuten sein.

Die Hochschulkrise und die Zukunft unserer Demokratie

Ein warnendes Wort zu der Entwicklung im Universitätsbereich

Von Prof. Dr. phil. Richard Löwenthal

o. Professor an der Freien Universität Berlin

Die Krise der "alten" Universitäten ist, in der Bundesrepublik wie anderwärts, aus dem Zusammenstoß einer durch allgemeine politische und gesellschaftliche Probleme radikalisierten Jugend mit veralteten und erstarrten Hochschulstrukturen entstanden. In einer Reihe von Bundesländern haben die Gesetzgeber den Versuch gemacht, diese Krise durch umfassende neue Hochschulgesetze zu überwinden. Dabei haben sie zum Teil überfällige Maßnahmen der Modernisierung, wie die Einführung langfristiger Präzidenten und vor allem die Verstärkung und Besserstellung des akademischen Mittelbaus, mit dem Modell einer radikalen "Demokratisierung" der Hochschulen verbunden, in dem die Vertretung der "Interessengruppen" (Hochschullehrer, Mitarbeiter, Studenten und Dienstkräfte) zum grundlegenden Aufbauprinzip für alle Organe erhoben wird. Doch die bisherigen Erfahrungen mit diesem Modell geben Grund zu der Sorge, daß die Hochschulkrise durch solche Maßnahmen nicht entschärft, sondern institutionalisiert wird - ja, daß diese Art von "Demokratisierung" die Hochschulen vom demokratischen Willen der Gesamtgesellschaft und ihren Bedürfnissen zu emanzipieren und sie auf die Dauer in Hochburgen der Gegner unserer Demokratie zu verwandeln droht.

Träger dieser Sorge sind heute verantwortliche Politiker, Beamte und Publizisten nicht weniger als Professoren und Hochschulassistenten, aktive Sozialdemokraten ebenso wie Angehörige anderer demokratischer Parteien. Unter denen, die bei einer Zusammenkunft in Bonn am 22. Juni beschlossen, die Gründung eines Bundes "Freiheit der Wissenschaft" vorzubereiten, traf ich keine Verteidiger der alten, unreformierten Universität, wohl aber Männer, die aktiv an den Reformbemühungen beteiligt waren und sind, wie Staatssekretär Lübke aus Nordrhein-Westfalen, und viele jener Professoren, die immer wieder die Auseinandersetzung mit den radikalen Studenten gesucht haben und vor ihnen für die Sache der freiheitlichen Demokratie eingetreten sind. Zu den beteiligten Politikern gehörte Prof. Dr. Mikat, wohl der reformfreundlichste Hochschulpolitiker der CDU, und der Bundestagsvizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen von der SPD. Zusammen führte sie die Überzeugung, daß die gegenwärtige Entwicklung nicht nur die Institution der Hochschule, sondern die Zukunft der Wissenschaft in der Bundesrepublik und auf Sicht ihre freiheitlich-demokratische Ordnung selbst bedroht.

Zum Ersten: Eine moderne Universität kann und darf kein unpolitischer Elfenbeinturm sein. Alle politischen Anschauungen müssen in ihr diskutiert, alle gesellschaftlichen Probleme erforscht werden können - aber in einer der Stätte der Wissenschaft gemässen Atmosphäre der Toleranz und des undogmatischen Suchens nach Wahrheit. Wo

diese Atmosphäre durch die Duldung organisierter Unduldsamkeit zerstört wird, da verkümmern Forschung und Lehre auch ohne physischen Terror: Die psychologische Wirkung der Ersetzung des Diskussionsklimas durch ein Brüll- und Schmierklima, die gezielte Diffamierung, Beleidigung und Störung Andersdenkender genügen.

Zum Zweiten: Der Wert der Hochschule für Wissenschaft und Gesellschaft hängt ab von der Auswahl des Lehrpersonals nach wissenschaftlicher Leistung und didaktischer Fähigkeit, von der Bestimmung der Lehrpläne und Prüfungsordnungen auf der Grundlage sachlicher Kriterien gemäß den Anforderungen der Gesellschaft, von der Anerkennung einer nicht als "Privileg" ererbter, sondern durch Leistung erworbenen Sachautorität. Wo Prüfungsordnungen und Prüfungsergebnisse unter dem institutionalisierten Druck derer zustandekommen, die selbst noch keine Prüfung bestanden und keine Leistung erbracht haben; wo Einstellungen und Berufungen unter dem Druck aktiver, demokratiefeindlicher Minderheiten erfolgen, die angesichts der resignierten Passivität der Mehrheit die Gruppenvertretungen der Studenten und z.T. auch der Assistenten beherrschen, da sind die Ideologisierung der Hochschule und der Verfall der wissenschaftlichen Standards unvermeidlich. Kein modernes Industrieland von der Sowjetunion bis Amerika, von England bis zur DDR leistet sich solche "Emanzipation" der Hochschulen von den Bedürfnissen der Gesellschaft - nur an vielen lateinamerikanischen Universitäten hat ein ähnliches System seit 50 Jahren dazu beigetragen, den Zustand der "Unterentwicklung" zu erhalten.

Zum Dritten: Die Hochschulen bilden nicht nur Wissenschaftler aus, sie liefern der Gesellschaft ihre Lehrer und Richter, ihre höheren Beamten, ihre journalistischen und politischen Sprecher. Wo mehr und mehr Studenten unter dem Einfluß antidemokratischer Gruppen und von diesen durchgesetzter Tutoren und Assistenten erzogen werden, wo "reformierte" Lehrgänge und Prüfungsordnungen es ihnen ermöglichen, ihr Studium formal abzuschließen, ohne sich je mit den Grundideen der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie ernstlich auseinanderzusetzen zu müssen, da kann die Hochschule zur "Kaderschmiede" für die Feinde der Demokratie und schließlich zur Etappe auf ihrem "langen Marsch" zur Macht werden.

Die Älteren unter uns haben schon einmal den Prozeß des Verfalls und der Anpassung erlebt, der einsetzt, wenn ein demokratischer Staat keinen Willen zur Selbstverteidigung zeigt. Weil wir nicht wollen, daß das sich wiederholt, darum wollen die Teilnehmer der Bonner Tagung rechtzeitig die öffentliche Diskussion über die wirkliche Entwicklung an den Hochschulen in Gang bringen. Der Ausbau der Hochschulen und ihre breite Öffnung für die Begabten aller Volksschichten ist die zentrale Aufgabe einer wirklichen Reformpolitik für die 70er Jahre. Umso dringender ist es, die richtigen Wege zu finden, damit diese Hochschulen zu lebendigen Gliedern einer demokratischen Gesellschaft und nicht zu feindlichen Fremdkörpern in ihr werden.

+ + +

Österreich muß weiter warten

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Durch die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen und der gleichzeitigen Unterzeichnung der beiden Handelsabkommen zwischen Spanien und Israel und der EWG ist der Antrag Österreichs auf den Abschluß eines Sondervertrages mit der EWG völlig zu Unrecht in den Hintergrund getreten. Der österreichische Antrag, der bereits aus dem Jahre 1962 datiert, sollte jetzt der Anlaß zur Aufnahme von Verhandlungen sein. Österreich, das durch seine Wirtschaft nicht nur geographisch, sondern auch durch seine Handelsströme eng mit der EWG verflochten ist, leidet sehr unter der zollmässigen Behandlung als Drittland. Obwohl vom Staatsvertrag her zu strikter Neutralität verpflichtet, drängt es jetzt immer mehr, wenigstens einen Vertrag sui generis mit der EWG abschließen zu können. Österreich weiß, daß die weitere Entwicklung seiner Binnenwirtschaft neben der Ausweitung des jetzt schon beachtlichen Osthandels von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der EWG abhängig sein wird.

So hat die neue sozialistische Regierung unter Dr. Kreisky auf diplomatischem Wege alles unternommen, damit die offiziellen Verhandlungen zwischen Österreich und der EWG nach achtjähriger Wartezeit nunmehr beginnen können. Österreich will nicht weitere Jahre draußen vor der Tür warten, bis sich entschieden hat, was einmal aus der Rumpf-Efta werden wird. Dies vor allem auch unter dem Eindruck, daß andere neutrale Staaten der Kleinen Freihandelszone - wie Schweden und die Schweiz - inzwischen zumindest an eine Assoziierung, wenn nicht gar an eine Vollmitgliedschaft in der EWG denken. Das berechtigte Drängen Österreichs scheint allerdings vergeblich zu sein. Nach allen Informationen aus den letzten Ministerratssitzungen der EWG widersetzt sich Frankreich der Erteilung eines offiziellen Verhandlungsmandats an die EWG-Kommission.

Frankreich begründet seinen Widerstand damit, daß das Problem der übrigbleibenden Efta-Staaten insgesamt und zusammenhängend am Ende der Beitrittsverhandlungen eine Regelung finden müsse. Dagegen steht der Standpunkt der anderen fünf EWG-Partner, die grundsätzlich bereit wären, der Kommission das Verhandlungsmandat zu erteilen, damit während der Beitrittsverhandlungen auch das Sonderproblem Österreich einer befriedigenden Lösung zugeführt werden kann. Weder bei den EWG-Partnern noch gar bei unseren österreichischen Nachbarn ist ein Verständnis für die Haltung Frankreichs zu erwarten. Während die EWG in Afrika immer mehr Staaten assoziiert, Abkommen mit Spanien, Israel, Jugoslawien und weiteren Ländern abschließt, muß die EWG bei Österreich auf der Stelle treten, weil Frankreich wieder einmal seinen Willen im Ministerrat durchzusetzen scheint.